LEITARTIKEL

Fehlende Führung

Die Politik verspielt in der Corona-Krise weiter Kredit, weil sie zu wenig entscheidet und gestaltet.

Die Erleichterung dürfte ehrlich gewesen sein am Montagabend. Endlich hätten sie sich mal nicht stundenlang über Beschlussvorlagen beugen müssen, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller nach dem „Impfgipfel" der Regierungschefinnen und -chefs aus Bund und Ländern. Tatsächlich war das Treffen viel schneller zu Ende gegangen als andere Konferenzen dieser Art mit ihrem chaotischen Verlauf und entsprechend wirren Lockdownbeschlüssen.

Aber Müllers Bemerkung bedeutet eben auch dies: Je weniger sie beschließen, desto besser kommen die Beteiligten zurecht. Das Dumme dabei ist nur: Weder der Pandemiesituation noch der Stimmungslage im Land wird es gerecht, wenn die Regierungsspitzen aus Bund und Ländern sich miteinander wohlfühlen, weil sie nichts oder nichts Konkretes zu entscheiden haben.

Nun ist deshalb noch nicht alles falsch, was am Montag angekündigt wurde. Dass sich die Runde nicht zu dem hat drängen lassen, was Bayerns Beschönigungsweltmeister Markus Söder „freiheitlicheres Impfen" nennt, ist absolut nachvollziehbar. Gemeint hatte Söder die schnelle Aufgabe der Impfpriorisierung, mit der besonders gefährdete Gruppen bevorzugt werden – was zu einem fragwürdigen Wettrennen um Termine führen würde, solange die Impfstoffe knapp sind.

Richtig war auch das allerdings noch vage Versprechen, Geimpften und Genesenen so viele Freiheit wie möglich zurückzugeben. Das sind – es kann nicht oft genug gesagt werden – keine Privilegien. Es geht darum, dass Grundrechte nicht länger eingeschränkt werden dürfen, als es aus Sicht des Gesundheits- und Lebensschutzes absolut zwingend erscheint.

Dem steht die Liste der Punkte gegenüber, die die Regierenden von Bund und Ländern in schönster Harmonie beschweigen. Der Theologe Peter Dabrock, ehemals Vorsitzender des Deutschen Ethikrats, hat die sträfliche Zögerlichkeit treffend zusammengefasst: „Da vermisse ich gestaltendes Handeln. Da ist mir zu viel ruhige Hand."

Dabrock fordert, nach dem „Durchimpfen" der wichtigsten Risikogruppen ein Zeichen der Solidarität mit den Jüngeren zu setzen, sprich: vorrangige Impfung zum Beispiel für Schülerinnen und Schüler oder Studierende. Stattdessen werde „ohne weitere Differenzierung der Impfstoff in die Gegend reingeschmissen und dann gilt das Windhundprinzip, wer als Erster da ist, der kriegt es". Umso schädlicher für den Zusammenhalt der Generationen, als etwa an den Schulen so unendlich viel versäumt worden ist – Stichworte Tests oder Belüftung.

Worüber Bund und Länder auch nicht sprachen: zum Beispiel über die Tatsache, dass die Infektionswerte in sozial benachteiligten Stadtteilen deutlich höher sind als in reichen Vierteln, wie eine Studie in Köln gezeigt hat – und was man dagegen tun könnte. Oder darüber, dass Betriebsärztinnen und -ärzte viel zu spät einbezogen werden, wie die Grünen beklagen. Oder darüber, dass viele Beschäftigte immer noch mit Bus und Bahn zur Arbeit fahren müssen, damit die Industrie brummt, während große Teile des Dienstleistungssektors und der Kultur konsequent dichtgemacht werden.

Auch der Frage, ob Ausgangssperren schon deshalb verfassungsgemäß sind, weil man sie diskret als „Ausgangsbeschränkungen" bezeichnet, scheint sich die Bund-Länder-Runde nicht mehr gewidmet zu haben. Es ist gut, dass das Verfassungsgericht darüber urteilen wird. Nicht gut ist, dass es die Politik genau darauf wieder einmal angelegt hat, statt an einem Punkt mit sehr umstrittener Wirkung ein Signal der Zurückhaltung zu senden.

Gerade hier zeigt sich, dass die Bundesregierung und die Länder die allgemeine Stimmung zu missdeuten scheinen. Es ist zwar offenbar immer noch so, dass eine Mehrheit die Notwendigkeit von Freiheitsbeschränkungen prinzipiell akzeptiert. Aber wenn nicht alles täuscht, brodelt unterhalb der öffentlich sichtbaren Oberfläche mehr, als es auf den ersten Blick scheint.

Das hat sich zuletzt bei der Aktion „Alles dicht machen" gezeigt, bei der Schauspielerinnen und Schauspieler mit angeblich satirischen Videos ziemlich pauschal gegen die Schutzmaßnahmen agitiert haben. In den sogenannten sozialen Netzwerken gab es zwar daran auch Kritik, aber in erstaunlich vielen Beiträgen wurde die Aktion mit dem Argument befürwortet, dass „endlich mal" jemand die Freiheit gegen ihre Einschränkung verteidige und eine Meinung äußere, die in der Öffentlichkeit sonst „tabuisiert" werde.

Das ist zwar eine kaum haltbare Behauptung, wie die breite Debatte über die Ausgangssperren zeigt. Aber es sollte den Regierenden ein Zeichen sein: Statt nach einer harmonischen, weil inhaltsarmen Sitzung Parolen wie „Konferenz der Hoffnung" zu verbreiten, sollten sie sich beeilen. Beeilen, um zu einer Politik zu kommen, die immer neu um das Verhältnis von Gesundheitsschutz und Freiheit ringt, statt mit ihrer „ruhigen Hand" eine ganze Gesellschaft weiter auf die Geduldsprobe zu stellen.

Berichte S. 4/5

Stephan Hebel

RADVERKEHRSPLAN

Mehr Rückgrat

Von Joachim Wille

In Deutschland wurde das Auto erfunden. Und das Fahrrad. Von Letzterem hat man in der Verkehrswegeplanung jahrzehntelang fast nichts gemerkt. In den Straßenbau- und Stadtplanungsämtern herrschte die Windschutzscheibenperspektive vor. Im Wirtschaftswunderdeutschland war die „autogerechte Stadt" das Ziel.

Inzwischen ist das anders. Der von Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU) jetzt - leider erst zum Ende seiner Amtszeit - vorgestellte neue Nationale Radverkehrswegeplan spiegelt das wider. Er ist ein ambitioniertes Bekenntnis zur Radfahrförderung. So sollen die Ausgaben pro Bundesbürger für Veloinfrastruktur verdoppelt, die Zahl der per Rad zurückgelegten Wege verdoppelt und die Sicherheit messbar erhöht werden,

Auch die sonst oft kritische Radfahrlobby erkennt an, dass sich da etwas tut. Vor allem ist es zu begrüßen, dass der Bund zusätzliche Mittel für Maßnahmen in den Kommunen und Ländern zur Verfügung gestellt hat, die stark nachgefragt werden. Trotzdem wird es mühsam bleiben, die Autostadt und das Autoland zurückzubauen. Denn wer den so zahlreich gewordenen Radnutzer:innen mehr Platz geben will, muss ihn dem Autoverkehr wegnehmen. Und dazu braucht es Rückgrat. Bericht S. 14

BREXIT

Streit statt Harmonie

Von Andras Schwarzkopf

Wer gehofft hatte, dem Streit zwischen der EU und dem Nachbarn Großbritannien würde nach der Brexit-Scheidung eine nachbarschaftliche Beziehung folgen, der wird eines Besseren belehrt. Stattdessen streiten die einstigen Partner sich weiter. Und so mag es nicht verwundern, dass Vertreterinnen und Vertreter der EU der britischen Regierung mit Strafzöllen drohen, noch bevor das Parlament dem provisorisch in Kraft getretenen Brexit-Abkommen zustimmt.

Vordergründig haben sie recht, weil sie auf die Ankündigungen von Premier Boris Johnson reagieren, er wolle den Vertrag in Form schleifen und Hindernisse ausräumen. Er meint damit, die von ihm mitverhandelten Regelungen für Nordirland, die den brüchigen Frieden gefährden.

Bedauerlicherweise lenkt keine der Seiten ein. Es wird also weiter gestritten, statt Gemeinsames zu betonen. Das wäre sinnvoller, um ein gedeihliches Miteinander für beide Seiten zu gestalten. Doch das ist nicht zu erwarten. Viele in Brüssel glauben, die Beziehungen würden sich erst bessern, wenn Johnson nicht mehr im Amt sei.

Dieses Dokument ist lizenziert für ZHH Zeitungsholding Hessen GmbH & Co. KG, un61334K.
Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau. Download vom 06.05.2021 00:03 von www.genios.de.